



Presseinformation 417/05/2019

17.05.2019
Seite 1 von 3

Ministerin Gebauer: Gewalt darf an unseren Schulen keinen Platz haben

Pressestelle
Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
oder 0211 837-1151

Schulministerium legt Aktionsplan gegen Gewalt und Diskriminierung an Schulen vor

presse@stk.nrw.de
www.land.nrw

Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Schulministerin Yvonne Gebauer hat einen Aktionsplan gegen Gewalt und Diskriminierung an Schulen vorgestellt. Mit den darin enthaltenen Maßnahmen will das Schulministerium die Präventionsarbeit der Schulen unterstützen und die Bedingungen für ein respektvolles Miteinander verbessern. „In unseren Schulen kommen Kinder und Jugendliche täglich zusammen, um zu lernen und die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft zu schaffen. Dies gelingt nur in einem sicheren Umfeld. Gewalt und Diskriminierung haben an unseren Schulen keinen Platz. Deshalb wollen wir die Schulen noch besser bei ihrer Präventionsarbeit unterstützen“, erklärte Ministerin Gebauer.

Im Mittelpunkt des Aktionsplans „Für Demokratie und Respekt – Entschieden gegen Diskriminierung und Gewalt“ steht ein deutlicher Ausbau der schulpsychologischen Dienste: Zum 1. August 2019 stellt ihnen das Land insgesamt 54 Stellen zusätzlich für Beratungslehrkräfte oder sozialpädagogische Fachkräfte zur Verfügung. Gemeinsam mit der Schulaufsicht sollen sie den Schulen vor allem bei der Gewalt- und Extremismusprävention beratend zur Seite stehen. 100 weitere Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sollen folgen, um den Kinderschutz zu stärken. Diese Stellen sollen vor allem dazu dienen, Hinweisen und konkreten Verdachtsfällen aus den Schulen nachzugehen. Acht zusätzliche Stellen für die Schulpsychologie hat das Land dafür in diesem Jahr bereits kurzfristig eingerichtet. Damit hat diese Landesregierung das schulpsychologische Engagement des Landes nahezu verdoppelt.

Darüber hinaus plant das Schulministerium erstmals wissenschaftliche Forschungsaufträge zu vergeben, um vor allem die Ursachen von Gewalt im schulischen Kontext systematisch zu erfassen. Die so gewonnenen Erkenntnisse sollen dazu dienen, die schulische Prävention künftig noch zielgerichteter anzulegen. Ziel ist, dass alle Schulen bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer Präventionskonzepte künftig einem ganzheitlichen Ansatz folgen und bestehende Maßnahmen in einem Gesamtkonzept bündeln.

Im Jahr 2020 erhalten alle Schulen den aktualisierten und erweiterten Notfallordner „Hinsehen und Handeln“ in digitaler und gedruckter Form mit umfangreichen Handlungsempfehlungen für den Umgang mit verschiedensten Krisen- und Notfallsituationen im schulischen Kontext. Darüber hinaus werden Meldewege und die Erfassung von Straftaten an Schulen auf Grundlage eines Erlasses neu geregelt. Dabei prüft die Landesregierung auch eine erweiterte Meldepflicht, etwa für antisemitische Straftaten.

Neben diesen organisatorischen Maßnahmen sieht der Aktionsplan auch konkrete Unterstützungsangebote für das schulische Personal vor: Der Umgang mit Gewalt und Diskriminierung wird vertieften Eingang in die Aus- und Fortbildung von Schulleitungen finden. Auch die Fortbildung von Lehr- und Fachkräften soll auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse bedarfsgerecht ausgeweitet werden. Mit der „Sprech:ZEIT 24/7“ bietet das Schulministerium den Lehrerinnen und Lehrern öffentlicher Schulen zudem ein kostenfreies Beratungstelefon, das rund um die Uhr erreichbar ist.

Der Aktionsplan, der regelmäßig aktualisiert und ergänzt werden soll, ist das Ergebnis eines intensiven Dialogs mit allen am Schulleben in Nordrhein-Westfalen beteiligten Akteuren. Zum Auftakt dieses Prozesses hatte am 11. Oktober 2018 im Schulministerium eine Expertentagung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis stattgefunden. Anlass war ein für das Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr festgestellter Anstieg von Straftaten an Schulen auf 1.034 Fälle. Zuvor war die Zahl der angezeigten Fälle von Gewaltdelinquenz an Schulen in Nordrhein-Westfalen von 1.782 (2008) auf 879 (2016) um mehr als die Hälfte gesunken.

„Unsere Schulen sollen auch in Zukunft sichere Orte sein und bleiben! Jeder Fall von Gewalt ist einer zu viel. Deshalb unterstützen wir die Schulen bei der Entwicklung wirksamer Schutzkonzepte. Denn: Prävention ist immer besser als Intervention“, so Schulministerin Gebauer abschließend.

Den vollständigen Aktionsplan „Für Demokratie und Respekt – Entschieden gegen Diskriminierung und Gewalt“ finden Sie hier: www.schulministerium.nrw.de/docs/Schulsystem/Praevention/Gewaltpraevention/Aktionsplan/index.html

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministeriums für Schule und Bildung, Telefon 0211 5867-3505.

Dieser Presstext ist auch über das Internet verfügbar unter der Internet-Adresse der Landesregierung www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)